

Nordwestzeitung (Oldenburg) vom 9. August 2012

Harte Kritik an Wirtschaftsminister

BAHN Linke sehen in Zahlen Störfeuer

/EX - Das Hantieren des Landeswirtschaftsministeriums mit veralteten Zahlen in der Bahn-Debatte (die **NWZ** berichtete) hat die Linke auf den Plan gerufen.

„Bode sollte sich aus der Diskussion um den Trassenverlauf in Oldenburg besser raushalten, weil er davon nichts versteht“, sagte Hans-Henning Adler, Fraktionsvorsitzender der Linken im Landtag und Fraktionsvize im Rat, an die Adresse des Ministers. „Die Veröffentlichungen seines Ministeriums zeigen, dass er den gegenwärtigen Diskussionsstand nicht kennt, weder die Argumente für noch gegen die Umgehungsstrasse.“

Die Entscheidungsebene liege ohnehin nicht in Hannover, sondern in Berlin beim Bundesverkehrsminister und beim Bundestag. Dort werde man es nach den aktuellen Oldenburger Erkenntnissen schwer haben, eine Umgehungs-Trasse abzulehnen.

Es sprächen gute Argumente dafür, weil ein Bau entlang der A 29 nicht teurer sei als der Ausbau der bestehenden Strecke, wenn man die ohnehin neu zu bauende Eisenbahnbrücke über die Hunte einbeziehe. Adler: „Unqualifizierte Äußerungen aus dem Hause des Wirtschaftsministeriums in Hannover sind nur ein Störfeuer, das wir Oldenburger uns verbitten.“

Nwz vom 8. August 2012:

Nächster Vorstoß für eine Umgehungs-Trasse

BAHN Initiative schreibt an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, Hinweis auf Brücken-Problematik

/EX - In der Dauer-Debatte zum Thema Bahn hat die nächste Initiative nachgelegt. In einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer plädiert die ILQ nachdrücklich für eine Bahnumgehung als Lösung für die Verkehrsprobleme im Zuge des Jade-Weser-Ports.

Eine Umgehungs-Trasse rücke „an Stelle einer Stadtdurchquerung mit allen ihren negativen Begleiterscheinungen in ihrer Machbarkeit immer mehr als einzige sinnvolle Alternative ins Bewusstsein der Oldenburger“, schreibt Volker Kuhnert, Oldenburger Künstler und Sprecher der Initiative für Lebensqualität an der Bahn (ILQ). Dies sei die Folge umfangreicher Aufklärungsarbeit der Bürgerinitiativen, umfassender Information auf den Stadtteilkonferenzen und eines unbefriedigenden und mageren Ergebnisses auf dem Klageweg.

Auch die Bahn solle als modernes Transport-Unternehmen nach vorn schauen und nicht kurzfristig für veraltete Lösungen Geld verschleudern. Dabei gelte der Satz: „Wie werden Gelder für nachhaltige Lösungen und für kommende Generationen am sinnvollsten ausgegeben?“

Statt über ein Verwirrspiel mit aktivem und passivem Lärmschutz (der in endgültiger Form erst 2018 bis 2020 komme) dem Bahnanlieger nächtliche Ruhe vorzugaukeln, solle die politische Weichenstellung für eine Umgehung jetzt getroffen werden.

Auch die Brücken-Problematik (Huntebrücke/Pferdemarktbrücke) spreche „für eine intelligente Lösung, der auch Sie sich nicht verschließen sollten“, schreibt Kuhnert.

Das Landeswirtschaftsministerium hatte kurz zuvor eine Umgehung verworfen (die **NWZ** berichtete) ? u.a. mit dem Hinweis, der Bund verfolge das Projekt nicht.